

Zur Sache

Der Knorz der Kirche mit dem Sex

Die Debatte um Fälle von sexuellem Missbrauch hat die katholische Kirche fest im Griff. In der Schweiz spaltet sie auch deren Führung. Der Churer Weibbischof Marian Eleganti sagt, es gebe einen Zusammenhang zwischen homosexuellen Neigungen von Priestern und sexuellen Übergriffen. Die Kirchenfürsten von Basel und St. Gallen halten dagegen, ursächlich für die Straftaten seien nicht die sexuellen Präferenzen, sondern die Macht der Priester.

Nun legt Eleganti nach: Wer homosexuelle Neigungen habe, dürfe gar nicht erst als Priester geweiht werden, fordert er. Klar ist schon jetzt, dass der Weibbischof damit einen Sturm der Entrüstung ernten wird. In der Tat kann man sich fragen, ob die Missbrauchsdebatte taugt, um einen kirchlichen Disput um die rechte Sexualität zu führen. Den Opfern jedenfalls ist damit nicht geholfen. Andererseits tut Eleganti nichts Verbotenes. Seine Forderung ist bereits heute Kirchenlehre, gestützt auch von Papst Franziskus. Gewiss, Schwule aus dem Kirchenamt auszuschliessen, ist eine Diskriminierung. Doch die Kirche ist keine staatliche Stelle, die sich um Gleichbehandlung zu bemühen hat. Sie hat immer schon Menschen diskriminiert. Eine Religionsgemeinschaft darf, was ein Staat nie dürfte.

Die katholische Kirche hat einen verkorrzten Zugang zur Sexualität, der nicht in unsere westliche Welt passt. Man muss das nicht mögen. Aber man muss dieser Kirche auch nicht angehören. Und man muss nicht Priester werden. Eleganti kann also fordern, was er will. Ob seine arge Verkürzung der Missbrauchsdebatte freilich der Kirche hilft, die Herzen der Menschen zu gewinnen, das steht auf einem anderen Blatt. Seite 5



Pascal Hollenstein

Nachrichten

Arif Alvi zum neuen Präsidenten gewählt

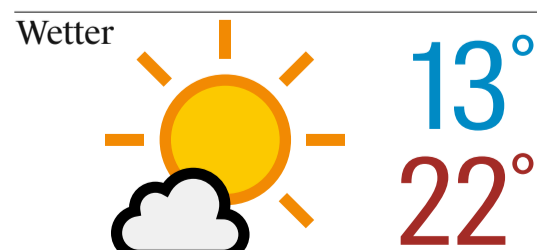
Pakistan Die Parlamente in Pakistan haben gestern Arif Alvi zum neuen Präsidenten gewählt. Der 69-jährige kandidierte für die «Bewegung für Gerechtigkeit» (Tehreek-e Insaaf, PTI) von Ministerpräsident Imran Khan. Alvi löst Amtsinhaber Mammoon Hussain am 9. September ab. Laut inoffiziellen Ergebnis hat Alvi 353 Stimmen erhalten. (sda)

Lula will um Antritt bei Wahl kämpfen

Brasilien Der inhaftierte Ex-Präsident Brasiliens Luiz Inácio Lula da Silva will den Entscheid des Obersten Wahlgerichts, wonach er bei der Präsidentschaftswahl im Oktober nicht antreten darf, bei der UNO und beim Obersten brasilianischen Gerichtshof anfechten. Er habe Lula über «alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten» informiert, sagte sein Vizepräsidentenkandidat Fernando Haddad am Montag in Curitiba. (sda)

Polizei sucht nach drittem Verdächtigen

Chemnitz Mehr als eine Woche nach der tödlichen Messerattacke in der ostdeutschen Stadt Chemnitz ist ein dritter Mann dringend der Mittäterschaft verdächtig. Das Amtsgericht Chemnitz habe Haftbefehl erlassen, sagte der sächsische Generalstaatsanwalt Hans Strobil gestern im sächsischen Landtag. Der Gesuchte sei ein 22-jähriger Asylbewerber aus dem Irak, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. (sda)



Heute erwartet uns trotz einiger Quellwolken ein recht sonniger Spätsommertag.

Kopf des Tages

Gysi steigt ins Rennen

Kandidatur Die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi möchte Präsidentin des Gewerkschaftsbundes werden. Doch ihre Herkunft könnte ein Hindernis sein.

Barbara Gysi will es wissen. Die St. Galler SP-Nationalrätin kandidiert als Präsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) – und möchte damit Nachfolgerin von SP-Urgestein Paul Rechsteiner werden, der das Amt nach 20 Jahren abgibt. Einen entsprechenden Bericht des «Tagess-Anzeigers» bestätigt sie auf Anfrage. In den letzten Wochen hat sie diverse Gespräche geführt mit Vertretern verschiedener Gewerkschaften, vor allem auch mit Frauen in diversen Verbänden. Die 54-jährige Politikerin wollte herausfinden, ob sie auf deren Unterstützung zählen könnte.

Gysi ist zum Schluss gekommen, dass sie kann – und sagt: «Es ist Zeit für eine Frau an der Spitze des Gewerkschaftsbundes.» Themen wie unfaire Frauenlöhne oder die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie habe der SGB bisher zu wenig Beachtung geschenkt, findet Gysi. «Da wünsche ich mir ein stärkeres Engagement», sagt sie – und übt damit leise Kritik an Rechsteiner. Keinen Unterschied zwischen ihr und ihm gibt es hingegen beim Streit um die flän-



Nationalrätin Barbara Gysi Bild: Keystone

kierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. «Es gibt nichts zu verhandeln», betont sie. Und unterstützt damit das Gesprächsboykott der Gewerkschaften beim Thema Lohnschutz.

Gysi würde zweifelsohne in grosse Fussstapfen treten, wenn sie zur Nachfolgerin Rechsteiners gewählt würde. Dem ist sie sich bewusst. Sie habe Respekt vor der Aufgabe, sagt die Politikerin. Gleichzeitig betont sie: «Ich masse mir nicht an, mich mit Paul Rechsteiner zu vergleichen.» Dabei wäre es nicht das erste Mal, dass Gysi ein Amt von ihm erben würde. Als Rechsteiner im Jahr 2011 überraschend in den Ständerat gewählt wurde, übernahm die damalige Wiler Stadträtin seinen Platz im Nationalrat. Dort sitzt sie heute in der wichtigen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, zudem ist sie Vizepräsidentin der SP Schweiz. Dieses Amt würde sie nach einer allfäll-

ligen Wahl zur SGB-Präsidentin jedoch abgeben. «Beides geht nicht», sagt Gysi. Ihr gewerkschaftliches Engagement geht zurück auf das Jahr 1989, als sie während ihrer Ausbildung zur Sozialpädagogin in Zürich der Gewerkschaft im Service public (VPOD) beitrug. Seit 2012 amtierte sie als Präsidentin des St. Galler Gewerkschaftsbundes, seit 2016 ist sie zudem Präsidentin des Personalverbandes des Bundes.

Gewerkschaftliche Erfahrung hat Gysi also, vernetzt ist sie auch. Als Stolperstein auf ihrem Weg zur SGB-Spitze könnte sich jedoch ihre Herkunft erweisen. «Es ist sicher kein Vorteil, dass ich aus dem gleichen Kanton wie Paul Rechsteiner komme», sagt Gysi. «Doch ich persönlich gewichte die Frauenfrage höher.» Neben ihr haben bisher auch der Waadtländer SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard, der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard und die Tessiner SP-Nationalrätin Marina Carobbio Interesse am Amt angemeldet. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Unia nominierte nach Anhörungen mit Gysi und Maillard gestern den Waadtländer für das SGB-Präsidium. Wer am Ende das Rennen machen wird, entscheidet sich am SGB-Kongress, der am 30. November und 1. Dezember stattfindet.

Michel Burtscher

Chance oder Degradierung?

Abstimmung Am 23. September stimmen wir über die Initiative für Ernährungssouveränität ab. Die Nationalräte Edith Graf-Litscher und Walter Müller erläutern ihre Argumente.

Pro

Immer wieder passiert es mir, dass ich Äpfel kaufen möchte und beim Blick auf das Preisschild deren Herkunft lese. Im Gespräch mit anderen sind wir uns einig: sicher kaufen wir keine Äpfel aus Übersee. Die beiden Initiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» haben im Kern das gleiche Ziel: Unsere Lebensmittel sollen biologisch, saisonal und lokal produziert werden und das umweltschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen. Tatsache ist, dass seit 2000 die Produzentenpreise um 12 Prozent gesunken sind. Wir bezahlen aber 5 Prozent mehr. Wir brauchen deshalb mehr Transparenz bei der Preisbildung und den Margen. Dadurch können unsere Bauern angemessene Preise erzielen, während die Konsumentenpreise erschwinglich bleiben und Bauern faire Löhne erhalten.

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde bereits in den Neunzigerjahren von der

Bauernbewegung La Via Campesina entwickelt und ist die Antwort auf die schädlichen Aspekte des Freihandels: Obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, hungern 800 Millionen Menschen.

Zynischerweise leben die meisten Hungernden in Ländern, wo für uns Nahrungsmittel produziert werden. Regionale Lebensmittel stärken die Wirtschaft im ländlichen Raum, gerade bei uns in der Ostschweiz. Die Wertschöpfung geschieht vor Ort und schafft Arbeitsplätze. Ernährungssouveränität zahlt sich also aus!



Edith Graf-Litscher Nationalrätin (SP/G)

Contra

Die Initiative für Ernährungssouveränität der Westschweizer Bauerngewerkschaft Uniterre will die Landwirtschaftspolitik fundamental umkrempeln und faktisch alles staatlich regeln. Geht es nach den Initiativen, soll der Staat mit weitreichenden Vorschriften alles regeln. Das bedeutet: zurück in alte Zeiten mit der Agrarpolitik. Der Staat bestimmt, was produziert und was importiert werden darf. Das absehbare Bürokratiemonster würde Bauern und Verarbeiter massiv einschränken. Die Initiative degradiert die Branche zu Befehlsempfängern des Staates. Wollen wir das?

Bereits heute haben wir in der Verfassung gute Grundlagen für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft. Erst letzten Herbst hat das Schweizer Volk mit einem Ja-Stimmenanteil von über 78 Prozent einem ergän-



Walter Müller Nationalrat (FDP/SG)

Grenzenlose Datenmacht

Jubiläum Google hat sich seit seiner Gründung vor 20 Jahren vom Weltverbesserer zur Datenkrake entwickelt. Der Konzern ist nicht nur Milliarden Dollar schwer, sondern verfügt auch über zig Milliarden Daten der Nutzer.

Philipp Bürkler

Im August 1998 sitzen die beiden 25-jährigen Stanford-Informatikstudenten Larry Page und Sergey Brin in einer Garage im kalifornischen Menlo Park. Mit ihnen am Tisch sitzt der bayerische Investor Andreas von Bechtolsheim, der im Silicon Valley einige Jahre zuvor mit Sun Microsystems, einem Computerhersteller, ein Vermögen verdient hat. Page und Brin zeigen Bechtolsheim auf ihrem Computer, woran sie seit knapp drei Jahren arbeiten. Sie nennen ihr Projekt Google und erklären dem Investor, dass sie damit das gesamte Internet nach relevanten Informationen durchsuchen könnten. Suchmaschinen gab es damals schon mehrere. Altavista, Yahoo oder Excite. Diese Seiten waren jedoch sehr unübersichtlich dargestellt. Das Suchfeld ging neben Wetter, Nachrichten und Börsentipps unter. Google war von Beginn an eine aufgeräumte und übersichtliche Seite. Ausserdem verfügten Page und Brin über einen viel ausgefeilteren Suchalgorithmus als ihre Konkurrenten.

Mit dem Page-Rank war es möglich, Suchergebnisse aufgrund der Anzahl von auf sie verlinkten Seiten der Wichtigkeit nach zu ordnen. Bechtolsheim hat bei seinem Besuch nicht viel Zeit, sein nächster Termin wartet. Bereits nach zehn Minuten unterbricht die Silicon-Valley-Legende die beiden Studenten und stellt ihnen einen Check über 100 000 Dollar aus. Wenige Tage später gründen die beiden mit dem Geld das Unternehmen Google. Bechtolsheim bezeichnet sein Investment heute als «die beste Idee aller Zeiten». Ihm und anderen Investoren war es allerdings etwas mulmig zu Mute. Als «Parental Advisor», quasi als Erwachsenenaufsicht, wurde 2001 der erfahrene Manager Eric Schmidt zu Google geholt.

Vom Idealismus zum Milliardenkonzern

Google ist vor 20 Jahren mit dem Versprechen angetreten, der Menschheit das ganze Wissen bereitzustellen und dabei nichts Böses zu tun. «Don't be evil», lautete das Motto, das der Konzern übrigens vergangenen Frühling still und heimlich verschwinden liess. Gutes tun für die Welt sei der typische Silicon-Valley-Impetus, sagt Viktor Györfly, Rechtsanwalt und Mitglied der gemeinnützigen Organisation Digitale Gesellschaft Schweiz. «Gleichzeitig steht dann aber das Geldverdiene im Mittelpunkt und nicht der Idealismus.» Clever war auch die Idee, neben den Suchergebnissen Werbung zu schalten. Werbekunden müssen nur zahlen, wenn ihre Werbung angeklickt wird, einen Betrag von einigen Rappen. Bei einer Firma in der Grös-



Da war das Team noch überschaubar: undatiertes Foto der Google-Mitarbeiter von 1998, dem Jahr der Firmengründung.

Bild: EPA (Palo Alto, Kalifornien)

Meilensteine der Google-Geschichte



se von Google, mit Millionen Werbekunden, kommen da schnell Milliarden zusammen. Google ist nicht alleine: Auch Facebook oder Apple gehören zu diesen Megafirmen. «Wir erleben die grösste Konzentration von Finanzkapital aller Zeiten», sagt Scott Galloway, Marketingprofessor an der New Yorker Universität Stern. Dank dem Anzeigengeschäft, hat sich der Technologieriese aus dem kali-

fornischen Mountain View in den vergangenen Jahren immer mehr in die Breite entwickelt. Google forscht heute an selbstfahrenden Autos, künstlicher Intelligenz oder versucht, den menschlichen Alterungsprozess zu stoppen. Möglich ist dies vor allem dank den Mengen an Daten, welche Google über ihre Nutzer verfügt. Standort-, Profildaten, Browserverläufe, Suchhistorie,

genutzte Geräte oder Gesprächsverläufe in Gmail und so weiter. «Google sammelt sehr konsequent Daten und verknüpft diese auch konsequent auf seinen einzelnen Plattformen», so Györfly. Viele sehen in Google deshalb vor allem eine Datenkrake. «Da immer mehr Menschen die Google-Dienste nutzen, spiegelt sich unser eigenes Leben auch immer mehr im digitalen Raum», so Györfly. Je genauer Google seine Kunden kennt, desto genauer und teurer kann das Unternehmen Werbung verkaufen.

In der EU versuchen Kartellbehörden und Politiker seit längerem, Google zu zerschlagen. Erst im Juli hat die EU-Kommission Google mit einer Busse von 4,34 Milliarden Dollar bestraft. Es geht um den Missbrauch der Marktmacht von Google mit seinem Smartphone-Betriebssystem Android. Ob das Unternehmen die Busse jemals bezahlen wird, ist fraglich. Unklar bleibt auch, wie viel Google über uns weiss. Weder der genaue Suchalgorithmus, der bestimmt, welche Informationen wir angezeigt erhalten, noch die gespeicherten Daten sind offengelegt.

Senat lässt Google antraben

Ausgerechnet zu Beginn des dritten Lebensjahrzehnts wird Google vorgeführt. Zwar soll sich die heutige Anhörung im Geheimdienstsausschuss des US-Senats vornehmlich um die Frage drehen, ob führende Tech-Unternehmen ausreichend Vorkehrungen getroffen haben, damit ausländische Akteure nicht erneut den Ausgang von US-Wahlen mittels Falschinformationen beeinflussen können – so wie 2016. Weil Google sich aber (bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe) weigert, im Gegensatz zu Twitter und Facebook, einen hochrangigen Vertreter an der Hearing zu schicken, wird sich der Suchdienst Kritik von Demokraten wie Republikanern anhören müssen. «Es spricht Bände, dass Google nicht Teil dieser Debatte sein will», sagte der Demokrat Mark Warner der Zeitschrift «Wired». Republikaner wiederum werden ihren Fokus auf die angebliche politische Voreingenommenheit richten, unter der konservative Stimmen auf den führenden Internetplattformen leiden. (rww)

Rasanter Ausbau in der Schweiz

den, täglich 5,6 Milliarden, 64 000 pro Sekunde. Jeder Google-Nutzer sucht 3,4 Mal pro Tag. Eine Suche dauert durchschnittlich 55 Sekunden. Ungefähr die Hälfte der Anfragen fallen auf die Bildersuche. Wohl mit hohem Porno-Anteil, da sich 25 Prozent der Suchanfragen im Internet um Pornografie drehen. Aufgrund der Häufigkeit der Google-Klicks lassen sich Trends und Gewohnheiten analysieren – der Zeitgeist, gespeichert in einem riesigen Datenberg.

Und Googeln rentiert, denn der Werbeumsatz – und davon lebt der Internet-Riese – betrug im Jahr 2016 geschätzte 75 Milliarden Dollar. Google hat heute einen weltweiten Marktanteil bei Suchmaschinen von über 90 Prozent. Die 2015 übergeordnet gegründete Holding

Alphabet, zu der neben Google auch Youtube und Android gehören, hat einen momentanen Börsenwert von etwa 800 Milliarden Dollar. All diese Zahlen, die man auf Google findet, sind mit Vorsicht zu geniessen. Teilweise sind die Daten veraltet oder stammen von anderen Quellen, da Google kein Interesse hat, Genaueres zu vermitteln. So weiss man auch nicht, wie viel Steuern das Unternehmen bezahlt.

Massage, Fitness und Tischfussball in der Zürcher Zentrale

Auch nicht in Zürich, wo Google ein grosses Forschungs- und Entwicklungszentrum führt. Die Büros im vor zehn Jahren eröffneten Google-Gebäude im Hürli-mann-Quartier waren damals in ihrer

lichten, offenen Art Vorbildlich für viele. Auf der Rutsche gleitet man im Gebäude von Stock zu Stock, «Quick connections» überall. Massage, Fitness und Tischfussball gehören dazu und führen Privates und Beruf in der Online-Gesellschaft zusammen. Ein attraktiver Arbeitsplatz ohne Stechuh-Miefswoll ist gescheiterten Köpfe anziehen.

Viele davon werden an der nahen ETH Zürich ausgebildet. Wie viele bei Google anheuern, weiss die ETH nicht. Derzeit gebe es auch keine grössere Forschungskoooperation mit Google. «Es gibt jedoch Doktorate, die durch Google PhD Scholarships gesponsert werden», sagt Markus Gross von der ETH Zürich. Hochschule und Google profitierten schon voneinander. So zeige der rasante

Ausbau des Zürcher Standorts von Google, dass die ETH Zürich und andere Bildungsinstitutionen in der Schweiz Fachleute ausbilden, die auf ihrem Gebiet zur Wertschöpfung gehören. Dank Unternehmen wie Google steige die Strahlkraft Zürichs, davon profitiere die ETH, weil sie so für Studierende aus aller Welt an Attraktivität gewinne. Gute Job-Aussichten und ein bekannter Name wie Google führten dazu, dass das Interesse an Informatik-Studiengängen steige. «So hat sich die Zahl der Informatik-Studierenden an der ETH über die letzten fünf Jahre verdoppelt», sagt Gross. Google ist also nicht nur wegen der tiefen Steuern in der Schweiz.

Bruno Knellwolf